

den Unterricht begonnen. Die Vorsteher mehrerer mittlerer Schulen, die mit Seminarien verbunden sind, haben verweigert, die Regierungs-Inspektion zu zulassen und die von dem Gesetz vorgeschriebene Auskunfte zu ertheilen. Diese Opposition wird natürlich von Rom aus geführt und man begegnet den widerlichsten Szenen von pfäffischem Hochmuth und Neubermuth. Die Regierung hat sich in Folge dessen genöthigt gesehen, eine gewisse Zahl jener Seminarien zeitweilig schließen zu lassen. Bis jetzt traf dieses Schicksal mehrere geistliche Unterrichtsinstitute in Parma, in Borgo San Domino, Vedova, Salerno, Nocera, Altilia, Lecce, Trapani. Die Verhältnisse anderer Seminarien, z. B. zu Nola, Teramo, Ascoli, Picino, Monfalcone werden geprüft; es handelt sich besonders darum, den Unterricht nicht stören zu lassen; offenbar ist es von der clericalen Wöhlerie darauf abgesehen, Aufregung zu veranlassen. Die „Opinione“ sagt, der Minister des öffentlichen Unterrichtes habe eine allgemeine und definitive Maßregel vorgeschlagen, welche geeignet sei, das Land zu beruhigen und das Gesetz acht zu lassen.

In den Deputirtenkammer sind als Einleitung zu der Diskussion über die Todesstrafe abermals von verschiedenen Seiten viele Petitionen gegen die Todesstrafe und zugleich viele gegen die Klöster eingebracht worden. Die Hoffnung, daß das italienische Parlament die vorliegende Frage, über welche schon seit länger als 60 Jahren discutirt wird, einstimmig durch Acclamation dahin entscheiden möge, daß die Todesstrafe aus dem Codex zu verschwinden habe, ist nicht in Erfüllung gegangen. Den Opportunitätsgründen, welche der Abg. Maffei für Beibehaltung der Todesstrafe geltend machte, stellte der Abg. Crispi sehr treffend entgegen, daß man ganz ähnliche Opportunitätsgründe für Beibehaltung der Tortur vorgebracht habe, und daß trotz alledem die Strafgerichtsbarkeit jetzt besser gehandhabt werde, als einst unter der Herrschaft der Tortur. Von der vortheilichen Rede des Abgeordneten Mancini bringen wir unter „Turin“ einen kurzen Auszug. — Was die Befestigung von Turin betrifft, so bleibt die „Gazetta del Popolo“, welche zuerst von dem darauf gerichteten Vorhaben der Regierung gesprochen hatte, bei ihrer Behauptung; sie nennt sogar den Ministerpräsidenten General Lamarmora und den Kriegsminister Petitti als hauptsächliche Förderer dieses Planes, während General Cialdini denselben als nutzlos bekämpft. Der König soll sich darüber nicht anders als in scherhafter Weise geäußert haben, indem er in gutmütigem Tone den Leuten, die ihm davon sprachen, erklärte, wenn sie es durchaus so verlangten, so werde er Niemanden daran hindern. Die Gerichte über Lamarmora's Rücktritt sind grundlos.

Unter den Nachrichten aus Frankreich kann eigentlich nur der bereits in unjarem Mittagblatte ausführlicher mitgetheilte Artikel des „Constitutionnel“ über die Geneigtheit der französischen Regierung, in die Annexion der Elberzogthümer durch Preußen zu willigen, wenn Dänemark Nordschleswig zurückhalte, den Anspruch auf wirkliche Bedeutung erheben. Freilich steht es sich sehr, ob dieser Führer überhaupt ernstlich gemeint ist, und ob die Regierung die bezeichnete Lösung in der That für möglich hält. Indes darf man versichern sein, daß in Paris die preußisch-österreichische Allianz als eine höchst lärmende Fessel empfunden wird, und es wäre schon möglich, daß man mit Rücksicht darauf, daß dieselbe auf diesem Wege vielleicht bald gesprengt werden könnte, es vorzieht, gelegentlich auch einmal wieder gegen Preußen sich gefällig zu zeigen, anstatt gegen Österreich, mit dem eine Verständigung in der italienischen, und zumal in der römischen Frage, wieder gar sehr in die Ferne gerückt scheint. — Von dem Kaiser heißt es, daß er in den letzten Tagen mit mehreren Generälen Besprechungen über Mexico gehabt habe, daß er offenbar sehr beunruhigt, und namentlich über den steigenden Einfluß bestimmt sei, den Austerland in Washington hat, da er dort die eigentliche Gefahr für Mexico sehe. — Für die Adresse im gelegenden Körper sollen von der Opposition verschiedene Amendements schon ausgearbeitet werden, und man spricht unter Anderem von einem Amendingement zu Gunsten der Vereinigten Staaten, von einem Amendingement betreffs der Gesetzegebung über Wahlversammlungen, besonders jedoch von Amendements zu den vorgelegten Gesetzentwürfen. Das eine davon soll gegen die Aushebung von 100,000 Mann, so wie gegen die Art und Weise der Zahlung für Stellvertreter in der Armee gerichtet sein. — Von dem Unterrichtsgeschehe, welches dem Staatsräthe zur Prüfung übertragen worden ist, heißt

es nun doch, daß es den Unterrichtszwang zur Grundlage bekommen habe. — Die „Patrie“ heißt mit, daß die Regierung auf die Erneuerung des Sicherheitsgesetzes verzichten werde. „Im Uebrigen“, schreibt man aus Paris, „stecken wir mitten im Carneval, und der „fette Ochse“ ist der Held des Tages.“ Richtiger hätte es ohne Zweifel geheißen: „Der fette Ochse und Caesartheil sich in die Ehren dieser nur noch der Narrheit gewidmeten Lage!“

Die Debatte, welche im englischen Unterhause über Irland stattgefunden hat (siehe d. heut. Mittagbl.), verdient, wie eine londoner Correspondenz der „A. B.“ besonders hervorhebt, die ernsteste Beachtung insofern, als es sich nicht um eine aus der Lust geprägte Beschwerde, um einen zu Partei zu weichen organisierten Jammer schrei, sondern um die wohl begründete Klage handelt, daß Irland sich ärmer an Menschen, Capitalien und Hilfssquellen werde und als es sich ferner nicht um bösen oder guten Willen handelt, sondern lediglich um die geeigneten Mittel zur Ab- und Aufhülfe, während doch Niemand im Stande ist, diese Mittel auch nur anzugeben, geschweige zu schaffen. „Die irischen Abgeordneten hoffen“, sagt der Correspondent, „im Stillen auf den Überschuss der Jahreseinnahmen und daß ein Theil derselben Irland zu Gute kommen solle. In der That könnten auch die überschüssigen Millionen nicht schöner verwendet werden. Aber das Wie? ist die Frage. Zum bloßen Almosgeben, oder was sozimäßig dasselbe ist, zu einer vorübergehenden Beschäftigung arbeitsloser Leute, wird sich Gladstone nie und nimmer mehr versuchen. Denn das ist kein Heilmittel, und dazu ist er in der Wissenschaft der Volkswirtschaft zu weit vorgeschritten.“ — Im Uebrigen beschäftigt sich die englische Presse jetzt vorwiegend mit der Kritik der napoleonischen „Vorrede“, über die wir die wichtigsten Urtheile unter „London“ mitgetheilt haben.

In Southampton sind Nachrichten aus Peru eingetroffen. Nach ihnen scheint in dem spanisch-peruanischen Streite ein Uebereinkommen zu Stande gebracht zu sein, dessen Bedingungen aber zu Callao große Aufregung verursachten. Der Admiral Pareja war vor diesem Hafenplatz erschienen und hatte ein Ultimatum an die peruanische Regierung gerichtet, welches mit einigen unwesentlichen Modifikationen, so ungünstige Bedingungen es auch enthielt, angenommen wurde. Peru erkennt danach die ursprüngliche spanische Forderung an und bezahlt außerdem drei Millionen Piaster Kriegsstunden, wogegen die Chinchasinseln ihm sofort wieder übergeben werden.

Vom nordamerikanischen Kriegsschauplatz sind der „N. sr. Br.“ folgende Nachrichten aus New York vom 18. Februar zugegangen:

General Sherman rückt unaufhaltlich vorwärts und steht bereits an den Thoren Columbia's, der Hauptstadt Süd-Carolina's und im Herzen des Staates liegend. Bedore Branchville in die Hände Sherman's fiel, fand eine mehrere Tage andauernde blutige Schlacht statt, in der die Confedereerten auf's Haupt geschlagen wurden. Nachdem Sherman sich dieses wichtigen Platzen bemächtigt, drang er ohne Aufenthalt weiter nördlich, gegen Orangeburg, vor, in der Absicht, Columbia zu nehmen. (Columbia ist genommen. Siehe d. tel. Dep. im heut. Mittagbl. D. R.) Die Vorhut Sherman's steht bereits am Santee-Fluß, 60 Meilen nördlich von Branchville, in unmittelbarer Nähe Columbia's. — General Gillmore bedroht noch immer Charleston, um die dortige Besatzung festzuhalten. (Charleston ist auch genommen. S. d. Depesche am Schlus d. Bzg.) — General Thomas rückt in südlicher Richtung im Staate Mississippivor. — Gen. Canby macht eine wichtige Bewegung von New Orleans aus, man glaubt gegen Mobile. Gen. Grant hat die neugewonnene Position am Hatchers Run (Hatchers Bach) gegen Lee behauptet und bereits stark befestigt. Der linke Flügel Grant's ist folglich um 4 Meilen näher zu leichten Eisenbahnen Communication der Lee'schen Armee in Richmond vorgehoben worden. Die Verproviantirung der Lee'schen Armee wird hierdurch um ein Bedeutendes erschwert. — Von Wilmington nichts Neueres. Man sieht dem Fall der Stadt ständig entgegen. — Das Geschwader der amerikanischen Kriegsmarine in europäischen Gewässern soll um ein Bedeutendes vermehrt werden. Durch die Schließung alter südlichen Häfen und die Wieder-Eroberung fähnlicher Forts längs der südlichen und östlichen Küste kann der größte Theil des Blockade-Geschwaders anderweitig bereit gestellt werden. Es werden sich auch Kriegsschiffe von neuer Construction darunter befinden, die in Europa Aufsehen erregen werden. — Der Präsident hat eine Extra-Sitzung des Senats auf den 4. März zum Besuch der Inauguration des Präsidenten einberufen.

Die schlimmen Nachrichten aus Mexico werden zwar vom „Moniteur“ dementirt, doch bemerkt 'hon der „Tempo“ dazu, daß das offizielle Blatt es

sich selbst zuzuschreiben habe, wenn Gerichte der angegebenen Art Glauben fänden: „Seit wie langer Zeit versichert uns der „Moniteur“ fortwährend, daß in Mexico Alles zu Ende ist; daß es keine Juarezisten mehr giebt; daß von einem Ende dieses ungeheurend Landes bis zum andern die Bevölkerung mit Enthusiasmus dem Kaiserthum Maximilian's Beifall zollt? Und dennoch vernehmen wir, so oft ein Päckchen eintrifft, die Erzählung irgend neuer Treffen oder einer neuen Expedition. Vor acht Tagen kündigte uns der „Tampico“ an, daß drei der clericalen Partei angehörende Generale sich von der Regierung losgesagt und daß einer derselben Mexic verlassen habe, um ein Pronunciamiento zu versuchen; und der „Moniteur“ selbst konstatierte, daß zu Oaxaca, in einem fast unzugänglichen Lande, ein Herd des Widerstandes bestehet, wichtig genug, um die Gegenwart des Generals Bazaine selbst zu erfordern.“ Sei es da zu verwundern, daß das Publizum sich beruhige? — Der schon mehr erwähnte londoner Corresp. der „A. B.“ macht bemerklich, daß, wenn auch die letzten mexican. Nachrichten aus New York gekommen seien, dieselben sich doch diesmal auf halboffizielle Berichte aus Sonora stützen, welche in Washington eingetroffen sein sollen. „Sie melden“, sagt er, „was Ihnen schon in Kürze telegraphiert worden ist: daß General Bazaine zu wiederholtem malen in der Provinz Oaxaca geschlagen worden sei; daß Juarez sich angeblich in Sonora befindet; daß die Liberalen in allen von den Franzosen entblößten Landesteilen aufstehen; daß Diaz 12,000 Mann unter seinen Fahnen habe, und daß das Heer der liberalen Partei auf 60,000 Mann angewachsen sei; daß der kaiserliche General Vega, der mit einer starken Truppenmacht in Sonora eingefallen war, durch den mexicanischen General Patoro angegriffen, geschlagen, mit vielen seiner Leute und Gefährten gefangen und als Hochverräther erschossen worden sei; schließlich, daß auch die unter Laquilla dem Vega nachgeschickten Verstärkungen durch Rosalia eine empfindliche Niederlage erlitten hätten.“ — Den Colonisationsplan des Doktor Gwin hat das mexicanische Gouvernement zurückgewiesen, in der Furcht, daß die Errichtung einer conföderirten Coloni auf seinem Gebiete Verwicklungen mit den Vereinigten Staaten herborufen könnte. — In dem dieser Tage besprochenen Protest des Kaisers gegen die Veröffentlichung des Vertrages von Miramar will man nur die Bestätigung der allgemeine verbreiteten Gerüchte finden, daß es in Mexico schlecht steht — und daß sich der Kaiser am Ende selbst nach Europa sehr ernstlich zurücksehnt.

Preußen.

○ Berlin, 2. März. [Die Kammerbeamten. — Die Möller'sche Interpellation.] Ein neuer Conflict, der sich zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus zu erheben drohte, scheint glücklich beigelegt. Bei Gelegenheit d. den Beamten des Hauses zu gewährden Remuneracion wurde nämlich in der Commission von einem Mitglied plötzlich die Forderung aufgestellt, das Haus und nicht die Regierung habe die Beamten angestellt. Der königl. Commissar holte Instruktionen ein und erklärte darauf, die Regierung bleibe fest bei ihrem Rechte; wenn sich die Kammer auf die Geschäftsordnung und das Beispiel fremder berathenden Körperschaften berufe, so finde Letzteres bei uns durchaus keine notwendige Nachahmung. Der Geschäftsordnung steht aber Art. 47 der Verfassung gegenüber, in welchem es heißt: Der König besetzt alle Stellen im Heere und in allen übrigen Zweigen des Staatsdienstes, wenn nicht ein Gesetz es anders verordnet. Die Geschäftsordnung sei aber kein Gesetz und deshalb müsse es bei dem bisherigen Verfahren sein Bewenden haben. Darauf hin hat denn auch die Commission die Sache auf sich beruhen lassen, um nicht Conflicte herbeizuführen, zu welchen augenblicklich keine thätige Veranlassung vorliegt. Wie wir hören, wird Graf Eulenburg in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses erscheinen, um die Möller'sche Interpellation zu beantworten, welche befannlich die vom Hause angefochtene Wahl des Herrn v. Tettau und die Empfehlungen desselben durch den dortigen Landrat betreffen. So viel man über die Auffassung der Regierung erfährt, wird der Minister keine Veranlassung finden, gegen das Verfahren des Landrats eine Klag auszuftischen. Zuerst aus formalen Gründen, weil derselbe nur in mäßiger Weise

Theater.

Donnerstag, 2. März, zum Erstenmal: „Nur Mutter“, Lustspiel in 2 Akten v. Alexander Bergen.

Der pseudonyme Autor dieses Lustspiels ist eine Dame, die sich durch Gewandtheit in der Bearbeitung ausländischer Stücke für die deutsche Bühne bemerkbar gemacht hat. Das neueste Produkt nennt zwar die fremde Quelle nicht, möchte aber schwerlich ein Original sein. Es kann den französischen Ursprung nicht verleugnen.

Gewandt und mit guter Berechnung für die Darstellung ist dieses Lustspiel allerdings ebenfalls gearbeitet. Zu rügen aber ist die frivole Dreistigkeit mit dem „kleinen Louis“, die nach einer treffenden Bemerkung in unserer Nachbarschaft sehr wohl vermieden werden konnte, wenn der als corpus delicti auf die Bühne gebrachte dreijährige Bengel als die Frucht einer geheimen Ehe vorgestellt würde. Die Wirkung wäre dieselbe, und die Damen brauchten die Augen nicht niederschlagen. Es sollte uns wundern, wenn Laube in Wien, wo das Lustspiel am Burgtheater Repertoirestück ist, diese Aenderung nicht getroffen haben sollte.

Der alte Stoff, die Tyrannie einer Schwiegermutter, ist hier von einer neuen Seite behandelt: es ist die Tyrannie der Liebe, womit die Schwiegermutter dem Schwiegersohn das Leben sauer macht. Die Rollen sind recht dankbar und wurden von Herrn und Frau Wollrab, Fräulein Mengraf, und den Herren Raberg und Filsinger mit gutem Erfolg gespielt. Das in heitere Stimmung versetzte Publikum nahm die Novität mit Beifall auf. — hr. Hinze spielte seinen Part zu ordinär.

Das bekannte Ballet: „Ein Maskenball in Paris“, war von Hrn. Balletmeister Reisinger, zu dessen Benefit die Vorstellung stattfand, mit sehr vielem Geschmack in Scene gesetzt und wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

M. A.

ein Landsmann von uns; er war am 13. Mai 1764 zu Goldberg in Schlesien geboren, hatte die Universitäten zu Frankfurt a. d. O. und Göttingen besucht, ward dann Hofmeister, kam als solcher nach Wien, ging aber von dort nach Paris, angezogen von dem großartigen Schauspiel der großen Revolution. Hier schloß er auch Freundschaft mit Sieyes, begab sich jedoch, um drohenden Gefahren zu entgehen, nach der Champagne und der Schweiz, ging dann als Geschäftsträger kleiner deutscher Staaten nach Paris zurück, wo sich ihm die herrlichsten Aussichten eröffneten, wenn er ein Diener Napoleons hätte werden wollen. Er schlug indessen Alles aus und lebte hauptsächlich als Literat. Nach Napoleons Sturz wurde er preußischer Legationsrat, da man vielerlei Zwecke durch ihn zu erreichen hoffte. Er lebte in Frankfurt a. M., in Berlin und Paris, aber „er schmiegte sich in keine dieser Lagen, keine gab ihm einen angemessenen Beruf.“ Er starb in Paris 1828. Wilhelm v. Humboldt, Hardenberg, Luechesini, Stein, von Fremden Fox, Canning, Kurakin und viele andere Staatsmänner schätzten sein Talent, seinen Charakter, sein gereiftes Urtheil außerordentlich hoch. Mit Rahel und Barnhagen war er innig befreundet, und so steht man es denn seinen Briefen an, daß es ihm ein wahrer Gewinn ist, brüderlich mit ihnen die Welt zu besprechen, ihnen seine Ansichten und die ihm bekannten Thatsachen zu eröffnen; was denn von der anderen Seite mit fast gleichem Begegnung und Eifer geschah. So werden diese Briefe eine schätzbare Quelle für den Historiker.

Es wird heute noch von vielen nicht gewußt, und von Manchen gar troz besserem Wissen nicht zugestanden, daß fast alle jene hervorragenden Staatsmänner, welche die Erhebung Preußens vorbereitet und durchgeführt haben, und ein guter Theil jener Feldherren, welche unsre Heere zum Siege geführt haben, ganz klar darüber waren, daß eine repräsentative Verfassung, eine Constitution für Preußen nicht bloß das größte Glück, sondern geradezu eine Notwendigkeit sei, wenn es seine deutsche, seine weltgeschichtliche Aufgabe befriedigend lösen wollte. Es wird noch heutzutage behauptet, daß eine „preußische Constitution“ bis 1848 nur in dem Kopfe ideologischer Professoren, deutschhümelnder Burschenschaft und ähnlicher excentrischer Leute gelebt habe. Wollten wir aber — abgesehen von den in den preußischen Archiven vergessenen Verfassungsentwürfen von 1807—1822 — mit den Akten und Zeugnissen dafür, wie viel und eifrig unsre damaligen erleuchteten Staatsmänner an einer preußischen Repräsentativverfassung gearbeitet haben, das Erdgeschoss dieser Zeitung anfüllen, so würde der Berliner Federstiftzeichner ebenso wie der Berliner Spaziergänger für lange Zeit aus diesen Räumen ausgemietet werden müssen, worüber das leidende Publikum freilich sehr murmur würde. Wir lassen daher hier nur einige Stellen aus dem oben genannten Briefwechsel folgen, welche mit der bereitgestellten Frage in Verbindung stehen.

Die Hoffnungen der Patrioten, die Bemühungen vieler Staatsmänner in dieser Hinsicht scheiterten schamhaft damals völlig, und zwar nicht blos wegen des von Russland und Österreich auf Preußen ausgeübten Drucks, sondern auch hauptsächlich deshalb, weil die liberalen Elemente im preußischen Staate ebenso sehr in den höchsten, wie in unteren Kreisen sich ihren politischen Wünschen erst sehr wenig verstanden, ja oft nur geringe Kenntnis von einander hatten und auf

Schritt und Tritt die öffentlichen Organe, die ihnen zur Verständigung hätten dienen können, vermissen mußten. Auch in dieser Beziehung geben uns die vorliegenden Briefe manche Aufklärung.

Am 11. Novr. 1816 schreibt Oelsner aus Frankfurt a. M.: „Wenn ich nicht irre, geht die Politik des Cabinets dahin, durch Harren und Wartenlassen zu ermüden, in der Hoffnung einzuschläfern. Sie scheint das äußere Interesse inneren Besorgnissen gänzlich aufzugeben. Allein, wenn man nach außen zu allen Kredit verliert, wird man im Inneren die Meinung gewinnen? Der Kalkül führt zuverlässig auf ein falsches Resultat.“

Am 25. April 1818 schreibt Oelsner aus Berlin: „An Gastgebern haben wir keinen Mangel; vom Schmause aber fehlt noch viel zum Umgange. Dem heiligen Leben mißt ein punctum saliens einzimpft werden. Nennen Sie mir den öffentlichen Gegenstand, der leidenschaftliches Interesse erregt. Ohne solches, ohne einen wachen Kreisler schwingt sich der Gedanke nicht wohl über den Gewerkschaft des täglichen Brodes. — Tritt kein auswärtiges Ereignis in das Ideenspiel der Deutschen, so gelangen sie zu volksmündigen Verfassungen, wahrscheinlich nicht durch Beschlüsse, aber auf dem Wege der fortwährenden Erörterung, wie England zur Abschaffung des Negrohandels. Das Resultat erfolgt während des vorstehenden Prozesses; denn die Worte sind Dinge, je nachdem sie gebraucht werden. Europa ist versessen darauf, repräsentative Anstalten aber sind des Schweißes der Edlen wert. In dieser Hinsicht ist die Kraft der Meinung zu ungeheurer Stärke gediehen.“

Barnhagen schreibt am 13. Dezbr. 1818 aus Karlsruhe: „Zu ernstlichen Erörterungen läßt es sich bei uns in Preußen an; es geschehen dringende Mahnungen, und einzelne Streifen Feuers zudenken verhindern am bewölkten Himmel. Der Fürst Staatskanzler wird allgemein für sehr alt gehalten, die Schwierigkeiten häufen sich von allen Seiten riesengroß, und das Geschehne wächst ungeheuer. Man wird eine Ständeversammlung zulegen als Staatsbehörde nötig haben.“

Oelsner schreibt den 12. März 1819: „Allzu niederschlagend ist alles, was aus der lieben Hauptstadt kommt. Traurig, traurig verhält sich die Mischung, aus der unser Staat die Nahrung seines höheren Lebens nehmen soll. Wenn die Sache in dieser Trägheit noch eine Weile stehen bleibt, so wird der Gestank die Faulnis zu erkennen geben; bis jetzt wildet es schon etwas stark; aber das halten die Vorbraten, ja fast hant-gout, es scheint, der Staat so gut wie ein Reh zu sein. Man ist nach dem Geschmacke gewisser Leute nur dann recht, wenn er etwas liegen geblieben. — Wie gesagt, es wird der Gestank unfehlbar werden! In den Ministerien ist wenig Leben, in ihrer Gesammtmühre erlischt auch dies wenige; der Staatsrat fördert nichts; an Constitution wird nicht gedacht, die Hof- und Militärgesetzgebung ist ganz dagegen und hat entschieden die Oberhand; wäre die Regierungsmaschine nur recht aufgezogen, so wäre der Zustand, wenn auch nicht der erwünschte, doch vergleichsweise soibel nicht, allein durch einzelnes Andern, Einschicken, Stillstellen und Gehemmaghen ist das Räderwerk ganz in Verwirrung gebracht und die Einführung verloren. — Daß der Liberalismus jetzt in Berlin den Namen

an die patriotischen Gefühle und Gesinnungen der Wähler appelliert und ihnen den Herrn v. Tettau als einen solchen Kandidaten empfohlen habe, der diesen Gesinnungen gemäß in der Kammer wirken und ein gutes Einvernehmen mit der Regierung fördern würde. In der Form also liege nichts Anstoßiges, dann aber halte die Regierung an dem Prinzip fest, daß in einer maßvollen ruhigen Empfehlung eines Kandidaten keine ungerechtfertigte Beeinflussung der Wahl zu finden sei. (Diese beiden Gründe dürfen denn doch nicht schwer wiegen. Die Hauptfache ist, daß der Beamte als solcher innerhalb seiner amtlichen Stellung sich jeder Wahl gegenüber unparteiisch verhält. D. R.)

= [Preußische.] Der Kriminal-Senat des Kammergerichts unter dem Vortheil des Geß. Justizrats Nicolai verhandelte heute den bekannten Prozeß gegen den Hauptmann a. D. Voight aus Freienwalde und den Rittergutsbesitzer Röder aus Lichtenberg. Die Anklage gründete sich auf zwei Flugschriften. Die erste, verfaßt vom Angeklagten Voight und veröffentlicht vom Angeklagten Röder, trug die Überschrift: „Aufruf für Schleswig-Holstein“, deren Tendenz dahin geht, preußische Unterthanen zum Eintritt in ein unter Führung des Herzogs von Augustenburg zu bildendes Heer aufzufordern. In dieser Flugschrift fand die Staatsanwaltschaft einen Verstoß gegen § 111 des Str.-G.-B., der das Anwerben zum Militärdienste für eine fremde Macht mit Gefängnis von drei Monaten bis zu drei Jahren bedroht. Die zweite Flugschrift war veröffentlicht vom Angeklagten Röder und trug die Überschrift: „Männer von Barnim.“ Auch diese Schrift behandelt die schleswig-holsteinische Angelegenheit, fordert zur Hergabe von freiwilligen Beitragern und zur Beheiligung an der Anleihe auf und fordert einige darin enthaltene Ausdrücke zu Haf und Weratung gegen die conservative Partei anreizen, und dadurch den § 100 des Str.-G.-B. verletzen. Der erste Richter, das hiesige Kreisgericht, hatte beide Angeklagte freigesprochen. In Betreff der ersten Flugschrift hatte der Gerichtshof angenommen, daß unter „fremde Macht“, im § 111 des Str.-G.-B. nur eine von den übrigen Staaten anerkannte, oder faktisch bestehende Regierung verstanden werden könne, nicht aber der Prätendent eines erledigten Thrones; daß das „Werben“ aber auch einen Auftrag jener fremden Macht voraussetze und daß es notorisch sei, daß der Angeklagte Voight mit dem Herzog Friedrich von Augustenburg in gar keiner Verbindung gestanden habe, daß der Herzog sich auch damals gar nicht mit der Bildung eines Heeres beschäftigt habe. Die zweite Flugschrift anlangend, so hat der erste Richter angenommen, das bloße Beleidigungen von Staatsangehörigen, selbst vorgeworfene habschwärme Handlungen noch nicht unter den § 100 des Str.-G.-B. fallen, daß die Beleidigung vielmehr darauf gerechnet sein müsse zum Hass anzureizen. Die bloße Kritik der politischen Grundsätze anderer Parteien gehöre nicht dahin. Der Richter hat ferner angenommen, daß unter den Gegnern der schleswig-holsteinischen Sache nicht die conservative Partei als solche angesehen werden könne, daß also die in dem Artikel den Gegnern gemachten Vorwürfe nicht die conservative Partei trügen, es also an dem Objekt, gegen welches zu Haf angeregt worden, fehle. Der Artikel enthalte nur hochlingende Phrasen, welche auf die gegenwärtigen realen Verhältnisse gar nicht passen.

Gegen diese Entscheidung hatte die Staatsanwaltschaft appelliert und der Staat anwalt Schmiedeck begründete in dem heutigen Audienztermine diese Appellation. Unter „fremde Macht“ (§ 111) müsse man den Begriff der wehrhaften Bevölkerung eines Landstads, verbunden durch ein bestimmtes Prinzip verstehen, nicht aber den Begriff so auslegen, wie der erste Richter gehe. Der Artikel werbe für ein solches Land und bezeichne auch die Persönlichkeit, unter deren Fahnens das Volk sich schaaren solle. Der Begriff „anwerben“ müsse verstanden werden, als ein Bemühen, um jemand für fremde Militärdienste heranzuziehen, und dazu gehöre kein Auftrag der fremden Macht.

Was den zweiten Artikel anlangte, so fand der Staatsanwalt darin bestimmte Angriffe gegen die conservative Partei und stellte deshalb den Antrag, den Hauptmann Voight zu 3, den Rittergutsbesitzer Röder zu 4 Monaten Gefängnis zu verurtheilen. Der erstere wurde von seinem Schwiegersonne, dem R.-A. Dietrich aus Prenzlau, der letztere vom Prof. v. Holzendorff vertheidigt. Die beiden Vertheidigungsreden recapitulierten hauptsächlich die vom ersten Richter aufgestellten Gründe. Hr. v. Holzendorff hob vor, daß er sich nur veranlaßt gesehen habe, die Beleidigung zu übernehmen, um dem Angeklagten Röder ein Zeugnis der Hochachtung und Anerkennung zu geben. Er färbte demnächst aus, daß unter den Gegnern der schleswig-holsteinischen Sache die conservative Partei nicht verstanden werden könne, da sich auch innerhalb derselben Männer der nationalen Sache angehören, während auch unter der demokratischen Partei sich Stimmen gegen die Sache erhoben hätten. Was die Anklage aus § 111 betrifft, so würde es sehr wenige Anlagen geben, die so sehr dem natürlichen Rechtsbewußtsein widersprächen, wie diese. Unter „fremde Macht“ könne man vollständlich und staatsrechtlich nichts anderes, als die Verfügung über dauernd organisierte physische Kräfte verstehen; nach Ausführung des Staatsanwalts

würde auch die Anarchie eine Macht sein. Herzog Friedrich war keine fremde Macht; er hatte keine Verfügung über organisierte Kräfte und wollte sie auch nicht haben, er lehnte es sogar ab, sich an die Spitze eines Volksheeres zu stellen, und habe alle solche Anträge aus Deutschland zurückgewiesen. Eine Werbung sei aber auch das Anstreben gewisser Vortheile für eine zu übernehmende Pflicht. Auch dieses Criterium fehlt. Der Vertheidiger beantragte das Nichtschuldig, fügte aber hinzu: Sollte eine Verurtheilung eintreten, so sei er überzeugt, daß der Gerichtshof selbst sie bedauere. Die Verurtheilung würde zeigen, daß man mit Ehrenzeichen geschmäckt, bona fide, ins Gefängnis gefüchtet werden könne, sie würde aber auch die große Klugheit zeigen, die uns noch von Deutschland trennt, da dieselbe Handlung überall straffrei ist.

Nach einigen Auslassungen des Angeklagten Röder zog der Gerichtshof sich juridisch und erkannte auf Bestätigung des ersten, freiprägenden Erkenntnisses, indem er sich den Gründen des ersten Richters überall anschloß.

Elbing, 1. März. [Dankadresse an das Abgeordnetenhaus.] In der heutigen Sitzung des Bürgervereins trug Hr. Oberbürgermeister Phillips eine These vor, die gegenwärtig im elbing-marienburger Wahlkreise circulirt und in der nächsten Woche, vorwiegend mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, dem Abgeordnetenhaus überwandt werden wird. Dieselbe lautet:

„Dem hohen Hause der Abgeordneten sprechen wir unsern achtungsvollen Dank aus für die kräftige Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes. Der schwere Kampf um diese Rechte, der Kampf zwischen einer dabilsterbenden und einer aufzuhemmenden Zeit, zwischen dem Festhalten an überlebten Zuständen und dem gewaltigen Anstreben neuer Verhältnisse auf allen Gebieten des Volkslebens — er erfordert Männer, die mit Unerhörtheit und Treue keinen Schritt abweichen von dem, was sie und die große Majorität des Landes in Übereinstimmung mit ihnen für Recht und fair hielten. Wohl unserem Volke, daß es solche Männer zu seinen Vertretern erwählt hat.“

Schon die denkwürdigen Worte, mit denen der verehrte Präsident des Hauses die gegenwärtige Session eröffnete, waren eine frohe Botschaft in dieser ernsten und bedrängten Zeit. Sie waren eine Brüderlichkeit, daß das hohe Haus nicht nachlassen werde, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln darauf zu dringen, daß der Kernpunkt unserer, wie jeder Verfassung, das Geldbewilligungsrecht, zur thatsächlichen Geltung gelangen, daß es nicht äußeren Erfolgen zu stehen irgend einen, und sei es den geringsten, Theil der Rechte des preußischen Volkes zum Opfer bringen werde.

Der innere Friede, den gewiß alle Patrioten erleben, wird nicht widerstehen, so lange nicht die Volksvertretung ohne Schmälerung und ohne Verkümmерung in die Befugnisse eingestellt wird, die ihr nach der Verfassung zustehen. Die Errichtung dieses Ziels ist daher die gesunde Fortentwicklung unseres Verfassungsbildes eine Notwendigkeit.

„Dank dem hohen Hause der Abgeordneten, daß es, ein leuchtendes Vorbild, auf diesem Wege vorangeht; die Liebe des Volkes wird den Männern nicht fehlen, die unbekümmert um Widerwärtigkeiten und Ungemach für die Verfassung streiten und für das Landes verbriebe Rechte.“

Danzig, 2. März. [Bescheid.] Wie die „Danz. Ztg.“ hört, hat Se. Maj. der König die hiesige Stadtverordneten-Versammlung auf das Immunitätsfest um Erheilung des Dispenses in Betrif des zehnjährigen Grundbesitzes für den zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten gewählten Herrn Ober-Bürgermeister v. Winter, abschlägig bescheiden lassen.

Thorn, 1. März. [Grenzplaktereien.] Die Reisenden, welche aus Preußen nach Polen auf der Eisenbahn Warschau-Bromberg fahren, haben nach ihren Mitteilungen auf der Eisenbahnstation Alexandrowo vielerlei Molesten zu dulden. Die polizeiliche Revision wird dort zur Zeit genauer denn je geübt, sicher nicht ohne höhere Anweisung, aber der Verkehr wird dadurch nicht gefördert. Jeder Reisende hat nicht nur seine Legitimationspapiere, sondern auch Schriftpäpere, welche er etwa bei sich führt, vorzulegen und werden leichter mit einer minutiösen Genauigkeit durchsucht. Auch auf die Cigarren hat sich diese Kontrolle erstreckt. Bei einzelnen Reisenden wurden dieselben zerbrochen, um zu ermitteln, ob in ihnen nicht Zettelchen staatsgefährlichen Inhalts verborgen wären. Der größte Nebelstand bei dieser Kontrolle ist aber der, daß dieselbe von einem oder höchstens zwei Beamten begütigt wird und die Reisenden nach einander residirt werden, wozu nur eine Stunde Zeit gegeben ist. Wer von ihnen bis zum Abgang des Bahnhuges nicht residirt ist und seine Legitimation noch nicht zurückgehalten wird, muß in dem heutigen Alexandrowo zurückbleiben und den nächsten Bahnhug abwarten. Ohne Weiteres werden hierdurch die Reisekosten des

zurückgehaltenen Reisenden gesteigert, der möglicherweise auch dadurch noch Verluste haben kann, daß er rechtzeitig am Zielpunkte seiner Reise einzutreffen behindert wird. Mehrzeitig ist daher die hiesige Handelskammer angegangen, bei dem Statthalter Grafen v. Berg eine schnellere Expedition der Reisenden in Alexandrowo zu erüben, welche durch Anstellung mehrerer Beamten zur polizeilichen Controlle leicht ermöglicht werden könnte. Die Handelskammer ist dem an sie gerichteten Anliegen nachgekommen.

(Danz. Ztg.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 27. Febr. [Herr v. Beust] hat im „Dresdner Journal“ entdeckt, daß unser Bundestag „Freiheit und Recht der deutschen Nation liebt“, daß aber „die nationale Politik am Bunde unter dem Eindruck der Thatsachen verhindert sei zur Geltung zu kommen.“ Der Bund hilft also nichts mehr in Sachen Schleswig-Holsteins, die „Groberung“ hat vorläufig gestiegt, aber wahrscheinlich nicht für immer, denn, so sagt Herr v. Beust, es gibt noch ein Hindernis, mit dem die Groberung so leicht nicht fertig werden wird — „die Selbstbestimmung des schleswig-holsteinischen Volkes!“ Eins lebt noch, schwört Herr v. Beust, eine „höhere Gewalt“, die über die Gewalt hinausgeht, daß „politische Freiheitsbedürfnis der Völker!“ In der That? So hat Herr v. Beust seit 1849 in Sachsen die „Gewalt“ geübt, das Königreich „erobert“ oder doch eigentlich erobern lassen, und jetzt sieht er ein, daß die „Gewalt“ endlich dem politischen Freiheitsbedürfnis der Völker unterliegen muß, daß die „Selbstbestimmung des sächsischen Volkes“ durch alle Reactionen noch nicht gänzlich vernichtet wurde. Ganz positiv hat Herr v. Beust „Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim von Aug. Möckel“ gelesen und jetzt träumt er wachend von „höheren Gewalten“, von der sittlichen Gewalt, die in der Feder eines ehemaligen Zuchthäuslings steckt. Herr v. Beust spricht jetzt von „Selbstbestimmung der Völker“, von „politischem Freiheitsbedürfnis“, wie er im Jahre 1850 blau und schwarz gestreifte Kleider trug; die Mode setzte damals die Kleidung der politischen Sträflinge auf die Tagesordnung, und diese Mode ergriß auch den eleganten Herrn v. Beust. Heute hat die Fortschrittspartei „Selbstbestimmung der Völker“, „politischen Freiheitsbedürfnis“ in Cours gesetzt, und Herr v. Beust huldigt wieder der Mode. Was gilt's, wir sehen ihn noch in Scharlachrot einhergehen, wenn solche Farbe Mode wird und gewisse höchst egoistische Zwecke am Besten unter solcher Fahne erreicht zu werden scheinen!

(Woss. Ztg.)

Dresden, 2. März. [Gründung eines Bankinstituts.] Seit einiger Zeit ging man hier mit der Idee um, ein Bankinstitut unter Garantie der Commune zu errichten. Der Stadtrath hat sich jedoch gegen dies Unternehmen ausgesprochen und auch die Stadtverordneten sahen gestern einstimmig von einer weiteren Verfolgung der Idee ab. Trotzdem werden wir ein Bankinstitut erhalten, welches weit großartiger zu werden verspricht, als von Seiten des früheren, jetzt zurückgetretenen Comité's die Lage des erwähnten Projects beobachtigt wurde. Es sind nämlich von anderer Seite die nötigen Schritte bereits eingeleitet und die erforderlichen Vorarbeiten soweit beendet, daß die Statuten der Staatsregierung am 25. Febr. zur Genehmigung vorgelegt wurden. Das Gründungs-Comité, in welchem der größere Grundbesitz, mehrere angesehene Bankhäuser Deutschlands und das kaufmännische Element vertreten sind, hat auf irgend welche Vortheile und Begünstigungen, wie sie von Begründern derartiger Unternehmungen zuweilen beansprucht werden, im Vor- aus verzichtet; vielmehr wird die freie Wahl der Verwaltung des Instituts den Actionären überlassen bleiben. Die Aufringung des bedeutenden Actienkapitals darf für alle Fälle als vollständig gesichert betrachtet werden, obgleich den Kapitalisten, welche sich für das Unternehmen interessieren, die Beihaltung an demselben offengehalten wird. Jedenfalls ist es erfreulich, daß die Errichtung eines solchen Instituts, dessen Notwendigkeit für Dresden schon lange zu Tage lag, unter solchen Umständen als gesichert betrachtet werden darf. Dresden trägt

Humboldt führt, mag Ihnen von dem Ganzen einen Begriff geben. Ich meinesheils bin überzeugt, daß Hr. v. Humboldt nach einigen bisherigen Plänkeleien auch nicht viel weiter kommen würde; sind doch auch Hr. v. Beyme und in anderer Art Hr. Graf v. Gneisenau bei aller Kraft und Gesinnung auf die engste Wirksamkeit beschränkt. Ein Mann kann hier überhaupt nicht ausreichen; die Sache versöhnt es, sich an einen Namen zu knüpfen; aber einer Versammlung von Männern in rechtem Beruf und rechter Bahn würde sie gleich ihren Geist verleihen.“

Hier haben wir auf der einen Seite das Leiden. W. v. Humboldt gilt Barnhagen nicht als echter Liberaler; Jahn, der ihm mit Glück auf gleicher Linie zu stehen scheint, ist ihm „wahrhaftig doch kein Liberaler.“ Bekanntlich war Stein ebenso ergrißt auf die Kreise des Staatskanzlers, wie auf die liberalen Professoren, und so geht es fort: keiner versteht noch die politische Sprache des andern, keiner will den andern recht als „liberal“ gelten lassen. Aber auf der anderen Seite ist hier auch auf das Mittel zur Verständigung hingewiesen: eine Versammlung von Männern muß berufen werden und zwar durchs Gesetz. In gleichem Sinne antwortet denn auch Delsner am 19. März 1819: Ich denke so wie Sie, daß ein Mann, wer er auch sei, wenn ihm keine Versammlung traut, niemehr ausreicht. An die Stelle des Fürst Staatskanzlers scheint eine Ministeranarchie zu treten, alles gemeinhinige Wirken versaugend. — Ach, möchten meine Ahnungen mich täuschen! Preußen, fürchte ich, geht in der Wiedergeburt zu Grunde. Der günstige Augenblick, wo es sich selbst überlassen und gelassen zu Werke schreiten konnte, ist vorüber. Nun hat die Regierung in heilloser, alles Zutrauen abstöhnender Nachlässigkeit vergedet. Schon sind äußere Begebenheiten im Anjuge, die kein planreiches Verfahren gestatten. „Mir thut der König leid, dessen edle Hingebung einen großen Minister verdiente.“ Bezeichnend ist hier wie an vielen anderen Stellen des Briefwechsels das entschieden günstige Urtheil eines so klar und unabhängig denkenden Mannes über Friedrich Wilhelm III., recht geeignet, um das allzu schroffe eines Gervinus, Scherr u. a. zu mildern. Die preußischen Zustände erscheinen indeß beiden Freunden immer trostloser.

So schreibt Barnhagen am 9. April 1819: „Die Nachrichten aus Berlin ersfüllen mich mit tiefem Bedauern. Es rückt nichts her vor und der Schauplatz der öffentlichen Angelegenheiten zeigt das kleinliche Getreibe. Statt der tüchtigen Geister, welche die Bühne thätig beherrschen sollten, schwelen Gespenster durch die öden Räume hin, Gespenster der Nacht, denen das Unheil zur Seite geht. Auch die Bösen sind gelöscht; ein trüber Dunstkreis hüllt alle Lebensglut in dicke Rauchwirbel, und ich fürchte, man läßt es auf einen frischen Sturm ankommen, ob der die Luft klären, aber auch die Flammen gefährlich erlegen wird. An Constitution scheint nicht gedacht zu werden; ob lumpige Provinzialstände mit Mühe an den Tag kommen; ist auch noch zweifelhaft. Ein Kafeekator nach dem anderen schmeicht den aristokratischen Obscuranten im Modekon.“ Nach einigen Complimenten, die deshalb Steffens, Snethlage und dem Journal des Professor Buchholz gesagt werden, fährt er fort: „Unser theueres Preußen verliert auf allen Punkten täglich an Kraft und Bedeu-

tung, und die Kräfte, die ihm wachsen, gehören einem System an, das von der jetzt preußisch genannten Richtung ganz verleugnet wird. Preußen, freisinngig forschreitend, ist einer der ersten und mächtigsten Staaten; Preußen, in den Händen einer Faktion von Aristokraten und Obscuranten, findet sich auf einem der untersten Platzen.“

Delsner antwortet auf die Mitteilungen Barnhagens ausführlich und äußert sich u. A. in Bezug auf die Berufung von Ständen sehr treffend: „Die Monarchie, für welche man arbeitet, ist ja eben dadurch groß und mächtig geworden, daß sie die alte, alberne Geschichte zu Boden tritt. Welche Lücke! Welche Füllchen! Glorreiche, glänzende zwischen Feste und den Ständen, die der Fürst zusammenbruft, um ein abgetragenes Wammstück zu lassen. Und an solch einer Vergangenheit will man sich anschließen! Aus der Natur der Sache, aus dem Zweck, den man sich vorstellt, aus den Bedürfnissen muß geschöpft werden, nicht aus dem Larifari der Chroniken. Die Staatsmänner, die zu Wien sagen können, ständische Verfassungen müßten nicht mit repräsentativen verwechselt werden, mit den repräsentativen sei es vorbei, haben den Geist ihrer Zeit durchaus mißverstanden oder sind ihm ferngeblieben.“ Mögen sich das die Staatsmänner von modernem Zwischenbrüder gesagt sein lassen, die jetzt noch für Rehabilitation der alten Stände schwärmen.

So schreibt Delsner am 11. September 1818: „Deutschlands Souveräne zweiter und dritter Ordnung werden täglich tiefer in den Strom gemeiner Partikularen hineingetrieben, deren Rechte, deren Selbstständigkeit nur allein die öffentliche Meinung schützen kann. Die öffentliche Meinung aber hat keinen Hinterhalt, wenn ihr nicht das Geschütz der Schriftsteller zu Gebote steht. Spielen kann dieses Geschütz nur mittels der Pressefreiheit. So viel begreift ein jeder. Fast alle Gesetze, betreffend die Freiheit, Geschriebenes drucken zu lassen, so mit noch vorgekommen sind, waren sammt und sondens mulier formosa superne, entzückenden Eingangs. Hinten aber trugen ihnen jedesmal die Expeditionen eine lang unabsehbare Schleife voll Jammer nach. Die Pressefreiheit hat das mit der Gottesfurcht und mit der Tugend gemein, daß sie, wie diese, für heilig, unentbehrlich, nothwendig fast überall und ohne Bedenken anerkannt, durch die Ausnahmen, welche in der Praxis gelten, sich verflüchtigt und verblümt.“ Hätten die deutschen Territorialfürsten immer nur die Pressefreiheit als die Hauptstärke ihrer Bestrebungen aufrichtig anerkannt, so wären sie und wir auch schon weiter gediehen. — Möge der geneigte Leser durch das wenige hier Mitgeheilte sich angeregt fühlen, jenen Briefwechsel selbst zur Hand zu nehmen, der noch nach vielen anderen Seiten hin unser Interesse in Anspruch nimmt. Auch die Frauengeschichte wird die darin enthaltenen Briefe von und an Rahel (Barnhagens Frau) mit Vergnügen und mit Nutzen lesen.

+ Hans Wachhausen's „Hausfreund“] Illustrirtes Volks- und Familienblatt. Berlin, A. Domini, Jahrgang 1865. Unter der Leitung dieses so anerkannten und beliebten Schriftstellers hat sich der Hausfreund seit Jahren ein bedeutendes Publikum erworben. An seinem neuen Jahrgang begründen wir eine Vergrößerung und Verschönerung seines Formates und der künstlerischen Ausstattung, die dieses Blatt auch hinsichtlich seiner äußeren Erscheinung in die erste Reihe stellt. Der Hausfreund hat den Vorzug einer freischen und Lebendigkeit seines Inhalts, die ihn jedem lieb werden läßt. Die Romane und Erzählungen, zum Theil vom Verfasser selbst (wie nennen wir „die bleiche Gräfin“, „des Königs Ballet“ etc.), welche stets zuerst in diesem Blatte erscheinen, sind vorzüglich, die populären Abhandlungen, die Culturbilder, die Original-Mittheilungen aus Paris, London, New-York, Mexico, welche sämmtlich von Special-Correspondenten eingesandt werden, endlich die in jeder Nummer enthaltenen „Berliner Photographien“ Wachhausen's — alles zusammen bildet die vorzüglichste, gesundste Lecture, die für so ungewöhnlich billigen Preis von 17½ Sgr. pro Quartal bei zwei großen, reich illustrierten Wochenbogen, selbst dem Untermittelten zugängig ist. Für jede Familie ist der „Hausfreund“ eine vorzüliche Unterhaltungs-Lecture.

S.

